69. Jahrgang. № 385 Dienstag, 18. August 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. August 1925 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat August 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Fernsprecher: 16262 **Gr. Zwingerstr. 13** Nähe Postplatz
Kochanlagen für Großbetriebe – Kohlen- und Gas-Herde – Dauerbrand-Oefen – Ersatzteile.

THÜRMER-FLÜGEL PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen i. Sa., Martinstraße 12

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen
63jähriges Bestehen Straßenbahnl. 5
J. A. BRUNO KÖNIG
Kamenzer Straße 27 Telephon 22667

Die englisch-französische Schuldenregelung.

Verkauf der Aga-Werke an Amerika? — Ueberraschende Mitteilung des „Börsenkuriers".

Fortschreitende Räumung des Schneidemühler Lagers. — Die preußische Amnestievorlage im Landtagsausschuß.

Caillaux' bevorstehende Londonreise.

(Durch Funkspruch.)

London, 17. Aug. Wie hier verlautet, wird sich Caillaux demnächst nach London begeben, um mit Churchill die Frage der französischen Schulden an England zu besprechen. Der genaue Zeitpunkt des Besuches steht noch nicht fest, jedoch rechnet man damit, daß er Ende dieser oder Anfang nächster Woche stattfinden werde. Der amtliche britische Funkdienst bemerkt hierzu: Die Grundsätze, nach denen England in der interalliierten Schuldenfrage zu handeln gedenkt, sind in der sogenannten Balfour-Note enthalten. England kann die Schulden der Alliierten nur soweit erlassen, als seine eigenen Zahlungen an Amerika noch gedeckt bleiben. Der Jahresbetrag der Zahlungen an Amerika einschließlich der Zinsen beträgt 40 Millionen Pfund. **Die französische Schuld an England wird auf insgesamt 628 Millionen Pfund Sterling geschätzt.** (WTB.)

Demgegenüber teilt uns unsere Berliner Schriftleitung mit: Im Finanzministerium wird die von englischen Blättern gebrachte Nachricht, daß der Finanzminister Caillaux sich in Kürze nach London zur Wiederaufnahme der Schuldenverhandlungen begeben werde, als verfrüht erklärt. **Man fügt hinzu, daß keinerlei Datum für diese Reise festgesetzt sei.** Es besteht kein Zweifel, daß dieser Aufschub der Reise Caillaux' nach London auf die **Schwierigkeiten zurückzuführen ist, die die belgische Delegation in ihren Schuldenverhandlungen mit der amerikanischen Regierung findet.** Die Tatsache, daß das der Regierung nahestehende radikale Blatt „Paris Soir" heute erklärt, daß die Londoner englisch-französischen Schuldenverhandlungen mit den Washingtoner Verhandlungen zusammenhingen, läßt klar erkennen, **daß Caillaux einen günstigeren Augenblick als den gegenwärtigen für die Wiederaufnahme der Londoner Verhandlungen abwarten will. Falls die Belgier gezwungen sein sollten, unverrichteter Sache nach Europa zurückzukehren, würden notwendigerweise auch die amerikanisch-französischen Schuldenverhandlungen vertagt werden.**

*

London, 17. August. Das Londoner Blatt „Financial News" veröffentlicht heute morgen eine Unterredung seines Pariser Vertreters mit dem Finanzminister Caillaux. Caillaux erklärte, daß Briand während seines Aufenthaltes in London nicht über die Schuldenfrage verhandelt habe. Wohl aber sei er mit Finanzsachverständigen zusammengetroffen und habe sich daraufhin ein Bild über die englische Auffassung in der Schuldenfrage machen können. Seine, Caillaux', Reise werde nicht den Charakter einer diplomatischen Mission tragen, sondern werde lediglich dazu dienen, eine Fühlungnahme herzustellen, um daraufhin in einen näheren Meinungsaustausch einzutreten, der die Grundlage der künftigen Verhandlungen bilden werde. Ebenso werde man sich in Frankreich nicht durch das Ergebnis der amerikanisch-belgischen Schuldenverhandlungen beeinflussen lassen. Wenn behauptet wird, die Schuldenfrage beeinflusse die französische innere Politik, so sei dies ein bedauerlicher Irrtum. Die Schulden Frankreichs an England hätten keinen vorwiegenden Einfluß auf die Beschlüsse der Regierung.

Die belgische Presse zu den Schuldenverhandlungen

Brüssel, 17. August. Die belgische Presse gibt ihrer Unzufriedenheit über den ungünstigen Ausgang der belgisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen unverhohlen Ausdruck. Es heißt durchweg, Belgien könne die Forderungen Amerikas auf keinen Fall anerkennen. Denn dies bedeute eine neue Steuerlast von 400 bis 500 Millionen Franken jährlich durch 62 Jahre hindurch. Dies könne Belgien nicht mehr tragen. Die Regierung werde derselben Ansicht sein und ein solches Abkommen auf keinen Fall unterzeichnen.

Rückzahlung lettischer Kriegsschulden an England.

London, 17. August. Dieser Tage ist in London ein Abkommen für die Rückzahlung der für die Herstellung der lettischen Unabhängigkeit durch England bezahlten Beträge in London getroffen worden. Es handelt sich um Beträge, die für Kriegsmaterial sowie dem Rücktransport von zwei lettischen Regimentern vom fernen Osten, sowie die Rückbeförderung lettischer Zivilisten aus Murmansk bezahlt worden sind. Lettland wird jährlich 75 000 Pfund während der nächsten 10 Jahre und 77 500 Pfund während der folgenden 20 Jahre zu zahlen haben.

Todesstrafe für Valutaspekulanten in Griechenland

Paris, 17. August. Einer Agenturmeldung aus Athen zufolge soll nach einem Regierungserlasse angesichts der finanziellen Lage Griechenlands und zum Schutze der Interessen des Staates die Todesstrafe gegen alle die verhängt werden, die mit Devisen und ausländischen Titeln Spekulation treiben.

Der „Pakt des Mißtrauens und der fortdauernden Feindschaft".

Der Zeitungsleser in dieser Periode der sauren Gurke ist nicht zu beneiden, wenn er sich vor die Aufgabe gestellt sieht, tagaus, tagein die im offiziösen Kanzleistil gehaltenen ausländischen Meldungen über Abrüstung, Entwaffnung, Sicherheit, Völkerbund, Schiedsgerichtsverträge mit französischer Garantie und Sanktionen für deutsche „Verfehlungen" über sich ergehen zu lassen. Es gibt nicht bloß eine körperliche, sondern auch eine geistige Verdauung, und was der letzteren durch die gedachten Meldungen zugemutet wird, geht wirklich, wie man zu sagen pflegt, über die Hutschnur. Das Gedächtnis versagt schließlich in seiner Aufnahmefähigkeit gegenüber dem endlosen, sich vielfach durchkreuzenden und widersprechenden Nachrichtengewirr über Anschauungen, Abmachungen und Notenwechsel zwischen Paris, London, Brüssel, Rom, Warschau, Prag und Belgrad, über französisch-englische Verständigungen und Meinungsverschiedenheiten, über belgische und italienische Kommentare dazu, über orakelhafte Andeutungen amerikanischer Beteiligungsabsichten, über Feststellung und Widerruf bestimmter Einzelheiten. Dazu kommen dann noch langatmige Erörterungen der Londoner und Pariser Presse über den voraussichtlichen weiteren Verlauf der Verhandlungen, über die Möglichkeit von Konferenzen, über die wahrscheinliche Haltung Deutschlands, und wer weiß, was sonst noch. Sobald Chamberlain oder Briand den Mund auftun, sei es auch zu noch so nichtssagenden Bemerkungen, stürzen sich die Pressevertreter in London und Paris auf jede solche Aeußerung, wie der Habicht auf seine Beute, und umgeben sie mit der Glorie höchster politischer Weisheit. Das alles ist geeignet, dem deutschen Leser den Stoßseufzer zu entlocken: „Mir wird von alledem so dumm, als ging mir ein Mühlrad im Kopfe herum".

Gegenüber dem Wuste von solcher Makulatur erscheint es auf deutscher Seite immer wieder erforderlich, zur Verhütung von Verdunklungen des klaren Tatbestandes festzustellen, welches Ziel unsere Politik mit dem Aufwerfen der Sicherheitsfrage verfolgt, und gegen jede Verfälschung dieses Zieles, gegen jede neue, über den Versailler Vertrag hinausgehende Verpflichtung, die man uns aufbürden möchte, Verwahrung einzulegen. In Berliner politischen Kreisen herrscht, wie aus einer offenbar vom Auswärtigen Amte beeinflußten Mitteilung zu entnehmen ist, Besorgnis darüber, daß eine schweigende Haltung der deutschen Presse in London und Paris als Zustimmung gedeutet werden könnte in solchen Fragen, deren vom Verbande beabsichtigte Regelung mit unseren nationalen Belangen und unserer Würde als souveräner Staat nicht vereinbar ist. Pflicht der nationalen Presse ist es daher, laut, nachdrücklich und unmißverständlich ihre Stimme zu erheben, um nach keiner Richtung über die allein mögliche Stellungnahme Deutschlands zum Sicherheitspakt irgendein Dämmerlicht zu breiten.

In der Rede des Reichskanzlers Dr. Luther vom 23. Juni und in der Verlautbarung der Reichsregierung vom 27. Juli d. J. ist als Zweck des deutschen Schrittes die Herbeiführung eines wirklichen Friedens und einer gleichmäßigen Sicherheit für ganz Europa und vor allem auch für das mitten zwischen waffenstarrenden Nachbarn gelegene, völlig entwaffnete Deutschland bezeichnet worden. Diese beiden Voraussetzungen sind aber nicht vorhanden, solange Rhein- und Saargebiet noch besetzt sind, solange die Schuldlüge nicht zurückgenommen ist, solange die anderen Mächte mit dreister Stirn weiterrüsten, während sie Deutschland mit Entwaffnungs- und Kontrollschikanen drangsalieren, obwohl es völlig wehrlos dasteht, und solange — zuletzt, aber nicht am wenigsten — Frankreich den unqualifizierbaren Anspruch erhebt, nach eigenem, willkürlichem Ermessen neue Sanktionen über uns verhängen zu können. Die französische Haltung in der Sanktionsfrage ist ganz besonders symptomatisch für die Geistesverfassung, mit der man in Paris das Sicherheitsproblem behandelt. Sanktionen heißt soviel wie Strafmaßnahmen. Es gibt also ein gutes deutsches Wort dafür. Der französische Ausdruck ist aber dermaßen üblich geworden, daß er aus dem Gebrauch in der Tagespresse nicht mehr auszumerzen ist. Die Sanktionen sind, wie so viele andere „Errungenschaften", eine vom Gewalt- und Unterdrückungsgeiste diktierte Erfindung des Versailler Vertrages, der sie in dem berüchtigten § 18 des zweiten Anhanges zum Kapitel über die Wiedergutmachung eingeführt hat. Die Streitfrage, ob es sich dabei nur um finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen oder auch um Gebietsbesetzungen handelt, kann hier unerörtert bleiben. Deutschland leugnet mit guten Gründen die Zulässigkeit von territorialen Sank-

Eine Aktion des Demobilmachungskommissars.

Sensationelle Gerüchte.

(Durch Funkspruch.)

Berlin, 17. August. Wie der „Börsen-Courier" wissen will, sollen zurzeit Verhandlungen zwischen den Aga-Werken und amerikanischen Interessenten über einen Verkauf der gesamten Aktien der Aga und somit des ganzen Werkes schweben.

*

Berlin, 17. Aug. Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, haben heute über die bei den Aga-Werken in Lichtenberg entstandenen Schwierigkeiten unter Leitung des Oberpräsidenten zu Charlottenburg in seiner Eigenschaft als Demobilmachungskommissar Besprechungen mit Direktion und Betriebsrat der Aga in Gegenwart eines Vertreters des preußischen Handelsministeriums und der Handelskammer, sowie eines Gewerkschaftsvertreters stattgefunden. **Es wurde anerkannt, daß die Stillegung des Werkes unvermeidbar sei, wenn es nicht gelinge, Betriebskredite zu erlangen.** Der Direktion wurden Schritte nahegelegt, die diese ungesäumt zu tun versprach. **Vom Oberpräsidenten als Demobilmachungskommissar werden diese Schritte mit Nachdruck gefördert werden.** (W.T.B.)

Ueber die Besprechungen erfährt die „Vossische Zeitung" noch folgende Einzelheiten: Zunächst legte Dr. Edmund Stinnes eingehend die Verhältnisse dar, die zu der augenblicklichen Lage der Agawerke geführt haben. Er forderte dringendste Hilfe und teilte mit, daß bei einem längeren Hinauszögern der Hilfsmaßnahmen eine Stillegung des Werkes unvermeidlich wäre. Bisher haben sich die Arbeiter noch immer bereit erklärt, weiterzuarbeiten, obwohl sie **erst einen Teil ihrer Lohnsummen erhalten hätten,** ein Verhalten, das von allen beteiligten Kreisen als außerordentlich anerkennenswert bezeichnet wurde. Dr. Stinnes teilte mit, daß bisher etwa 40 bis 50 vom Hundert des fälligen Lohnes ausbezahlt worden seien und er hoffe im Laufe des heutigen Tages weitere 15 Prozent zur Verfügung stellen zu können. Von der Belegschaft habe bereits etwa ein Teil von 250 Mann mit der Arbeit aufhören müssen, da sich Materialmangel infolge schlechter Belieferung durch die Lieferanten ergeben habe. Die Vertreter der Arbeiterschaft unterstrichen diese Ausführungen noch einmal und forderten ihrerseits gleichfalls, daß die Reichs- und Staatsstellen alles unternehmen, um eine Stillegung des nach ihrer Ansicht durchaus produktiven Werkes zu vermeiden. Oberpräsident Dr. Maier versprach, sich bei den in Frage kommenden Stellen energisch für eine Hilfsaktion einzusetzen. **Es wird unter anderem daran gedacht, die von der Preußischen Staatsbank verlangte Giroverpflichtung für die vom Agawerk benötigten drei Millionen Mark, die bisher von den Großbanken verweigert wurde, durch die Reichskreditgesellschaft übernehmen zu lassen.**

Die Ablehnung des Schiedsspruches im Baugewerbe.

Berlin, 17. August. Die heute vormittag im Berliner Gewerkschaftshaus zusammengetretene Generalversammlung der Bauarbeiter beschloß einstimmig, über den am Freitag gefällten Schiedsspruch für das Baugewerbe zur Tagesordnung überzugehen. Aus dem Reich wird gemeldet, daß die Bauarbeiter in Mecklenburg, im Freistaat Sachsen, in Anhalt, in Ober- und Unterbaden den Spruch ebenfalls abgelehnt haben. Die Arbeitgeber werden am Mittwoch zu der neuen Situation Stellung nehmen. (W.T.B.)

Weitere Entlassungen im Bergbau.

Gelsenkirchen, 17. August. Die Bergwerksgesellschaft Dahlbusch hat außer den seit dem 1. Mai bereits entlassenen 400 Arbeitern zum 15. August 650 Arbeitern und zum 30. September 31 Angestellten gekündigt. Die Ziegelei der Schachtanlage I ist seit dem 1. August stillgelegt. (W. T. B.)

Ein Schlageterstein in Oberhof.

Oberhof, 17. August. Oberhof war am Sonntag der Schauplatz einer bedeutenden vaterländischen Kundgebung. Die vaterländischen Verbände weihten hier ein Denkmal ein, das sie zur Erinnerung an den deutschen Helden Schlageter errichtet hatten. Mehr als 1000 Mitglieder der vaterländischen Verbände hatten sich im festlich geschmückten Kurort eingefunden, um unter Führung des 1. Bundesvorsitzenden des Frontkriegerbundes in stiller, eindrucksvoller Feier die Weihe des Gedenksteins, der ein Feldgottesdienst voranging, vorzunehmen. Der Bundesvorsitzende Allepper würdigte in seiner Weiherede Schlageter als ein Symbol deutscher Treue und Tapferkeit, und führte der vaterländischen Jugend das Leben des gefallenen Helden als ein leuchtendes Beispiel vor Augen. Nach einer Ehrensalve fiel die Hülle des schlichten Ehrenmals.